

An den
Gemeinderat Leopoldshöhe
z. Hd. des Bürgermeisters
Kirchweg 1
33818 Leopoldshöhe

Betreff: Bedenken zur geplanten Flüchtlingsunterkunft Hauptstraße 370

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

viele Bürgerinnen und Bürger wurden über die Planungen zur Errichtung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Leopoldshöhe nur unzureichend oder verspätet informiert.

Erst Ende Februar erfuhren viele zufällig – beispielsweise über Facebook – von dem Vorhaben. Rückmeldungen aus dem Umfeld zeigen, dass insbesondere in der direkten Nachbarschaft der geplanten Unterkunft kaum jemand informiert wurde und erhebliche Vorbehalte bestehen.

Daraus ist die Bürgerinitiative „Leopoldshöhe sicher“ entstanden. Sie hat inzwischen rund 500 Unterschriften gesammelt. In einer WhatsApp-Gruppe mit etwa 80 aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern findet ein intensiver Austausch statt – teils bis hin zur klaren Ablehnung des Vorhabens aus Sorge um Sicherheit, Lebensqualität und Zusammenleben.

Die geplante Unterkunft soll in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Spielplätzen, Schulen, Kitas und Familien entstehen – einem Umfeld, das besonderen Schutz und Rücksichtnahme verdient. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass unter den Geflüchteten auch Menschen mit psychischen Belastungen oder traumatischen Erfahrungen sein werden, bei denen – je nach Hintergrund – auch Konfliktpotenziale bestehen können.

Besonders kritisch ist die Lage bei der Gesundheitsversorgung.

Bereits jetzt hat die örtliche Hausarztpraxis einen Aufnahmestopp für neue Patientinnen und Patienten verhängt. Eine medizinische Betreuung der zusätzlich hinzukommenden

(voraussichtlich) 46 Personen ist damit kaum realistisch. Ohne gezielte Planung drohen Versorgungslücken – und eine zusätzliche Belastung der Notdienste.

Zudem bestehen große Sorgen hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit.

Ein zunehmendes Gefühl der Verunsicherung zeigt sich bereits an anderer Stelle: In diesem Jahr wurden in Leopoldshöhe mehrere Veranstaltungen auf dem Rathausplatz aus Gründen der Sicherheitslage bzw. Terrorgefahr abgesagt. Auch das hat viele Menschen in unserem Ort spürbar beunruhigt – und zeigt, wie sensibel das Sicherheitsgefühl aktuell ist.

Wir bitten den Gemeinderat ausdrücklich um eine Klärung folgender Fragen:

- Wie ist die Polizeianbindung an die Unterkunft konkret geregelt? Gibt es regelmäßige Kontrollen oder einen festen Ansprechpartner für die Bevölkerung?
- Welche Schutzmaßnahmen sind für Kinder und Jugendliche im direkten Umfeld – insbesondere an Spielplätzen, Schulwegen und Bushaltestellen – vorgesehen?
- Welche präventiven Maßnahmen sollen die Sicherheit der direkten Anwohnerschaft gewährleisten? Sind z. B. Zugangskontrollen, Hausregeln, Sozialarbeiter oder Nachtwachen eingeplant?
- Wer ist im Fall von Zwischenfällen oder Konflikten der konkrete Ansprechpartner vor Ort – sowohl für Bewohner der Unterkunft als auch für Anwohnerinnen und Anwohner?

In anderen Regionen – etwa in Teilen der Bielefelder Südstadt – wurden wiederholt Vorfälle in der Nähe vergleichbarer Einrichtungen gemeldet. Auch in unserer Region sind in letzter Zeit vermehrt Einbrüche und Gewaltdelikte Thema. Besonders deutlich zeigte sich dies im benachbarten Oerlinghausen, wo es nach der Errichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) ab Ende 2017 zu einem spürbaren Anstieg von Straftaten – insbesondere Einbrüchen und Diebstählen – kam. Die damalige Entwicklung führte sogar zur Verabschiedung einer Resolution des Stadtrates, um auf die Sicherheitslage zu reagieren. Diese Erfahrungen verunsichern viele Menschen und belasten das Vertrauen in die öffentliche Sicherheit – insbesondere, wenn Schutzkonzepte und klare Zuständigkeiten fehlen.

Wir bitten Sie daher:

- Keine weitere Gemeinschaftsunterkunft an diesem Standort zu errichten.
- Die bestehenden Möglichkeiten zur Zurückweisung weiterer Zuweisungen nicht nur zu prüfen, sondern auch konsequent zu nutzen.
- Die Gemeinde soll sich mit Nachdruck gegenüber dem Kreis und den zuständigen Landesstellen dafür einsetzen, dass geltendes Recht durchgesetzt wird – insbesondere im Hinblick auf die aktuell 42 vollziehbar ausreisepflichtigen Personen, die sich in Leopoldshöhe aufhalten.
- Solange dieser Zustand andauert, ist eine weitere Unterbringung von Geflüchteten nicht erforderlich und nicht vermittelbar. Die Entlastung muss durch Vollzug bestehender Rückführungsentscheidungen erfolgen, nicht durch den Ausbau neuer Unterkünfte.

Sollte die Unterkunft dennoch realisiert werden, fordern wir ein umfassendes Sicherheits- und Betreuungskonzept, das nicht nur den Schutz der Bewohner, sondern auch die Sicherheit der Nachbarschaft, der Kinder und der öffentlichen Räume aktiv mitbedenkt.

Um der Dringlichkeit Ausdruck zu verleihen, behalten wir uns das Recht vor, unsere Forderungen auch öffentlich – etwa durch eine Kundgebung – zu unterstreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative „Leopoldshöhe sicher“